

Erscheinet täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 20 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und bei der Expedition abgezahlt 20 Pf.  
Viert. häflich  
20 Pf. frei ins Haus,  
60 Pf. bei Abholung.  
Durch alle Postanstalten  
1,00 M. pro Quartal, mit  
Briefträgerbefehl  
1 M. 40 Pf.  
Sprechstunden der Redaktion  
11—12 Uhr Vorm.  
Reiterchergesetz Nr. 4  
XVII. Jahrgang.

# Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.  
Organ für Jedermann aus dem Volke.

## Laboris Vertheidigung.

Der gestrige vierzehnte Verhandlungstag wurde lediglich durch das jüngste Plaidoyer Laboris ausgefüllt. Mit glänzender Bereitsamkeit und einer Wärme, der man es anmerkte, das sie von ganzem Herzen kam, trat der Vertheidiger für die Interessen seines Clienten ein. Er schilderte den Verlauf des Dreyfus-Prozesses ohne Rücksicht auf die Regierung, der er sogar direct die Beleidigung ins Gesicht schleuderte, sie sei, um Geständnisse zu erzielen, bis zum Betrug gegangen; er nannte den ganzen Prozeß ein elendes Lügengebäude und verglich den Ministerpräsidenten Meline mit Pontius Pilatus, dem Manne, der den verächtlichen Namen in der Geschichte trage. Die Rede blieb nicht ohne Eindruck; von der Zuschauertribüne, von wo bisher nur Schmähre für Zola und seinen Vertheidiger ertönt waren, hörte man gestern zum ersten Male das Gegentheil. Freilich werden wohl alle Bemühungen des Vertheidigers kaum verhindern können, daß die Geschworenen zu einem Schuldspruch gelangen. Angesichts der Ankündigung, daß die Freisprechung Zolas, wie der „Vols. Ztg.“ aus Paris geschrieben wird, mit dem Rücktritt der gefiammten Heeresleitung beantwortet werden würde, befinden sich die Geschworenen unter einem seelischen Zwange, den sie kaum zu überwinden vermögen werden. Der „Gaulois“ fährt fort die Geschworenen aufzuheben und mit ihm die gefiammte Zola feindliche Presse. Das genannte Blatt berichtet, daß der Präsident Félix Faure dem General de Pellieux seine Glückwünsche für die wesentlichen Dienste aussprechen ließ, die er der Armee und der Nation mit so großer Bescheidenheit und Hingabe im Prozeß Zola geleistet habe. Das wäre das erste Wort, welches aus dem Munde des Staatsoberhauptes über die Sache bekannt wird, und man wird wohl thun, die Bestätigung dieser Nachricht abzuwarten.

Paris, 22. Febr. Zola traf heute um 11½ Uhr im Justizpalaste ein. Die Zugänge zu den Couloirs waren fast leer, der Saal jedoch gefüllt. Nachdem die Verhandlung eröffnet war, ergriß zur Fortsetzung seines Plaidoyers das Wort der

### Vertheidiger Labori.

Er giebt den angekündigten Ueberblick über alle die Angelegenheit berührenden Thatsachen. Er beginnt mit der Verhaftung des Capitains Dreyfus im Oktober 1894; er konstatiert dabei, daß die Verhaftung den Blättern „Libre Parole“ und „Eclair“ bekannt war. Der Oberst Paty du Clam untersagte der Frau Dr. Jules unter Antröpfung schwerer Strafen für ihren Gatten von der Verhaftung zu sprechen. Die Mittheilung an die „Libre Parole“ ist demnach nicht von Frau Dreyfus gemacht, sondern von dem Bureau des Ariegsministeriums. Die „Libre Parole“ und der „Eclair“ brachten lügenhafte Artikel betrifft der Schuldbeweis des Capitains Dr. Jules. Labori spricht sodann von den Verhören, worin der Oberst Paty du Clam den Capitän Dreyfus einzuschläfern suchte, von den Eindrücken des Majors Forzinetti, des Gefängnisskommandanten, nach dessen Anklauungen Dreyfus unschuldig war. (Murren im Saal. Der Präsident fordert das Publikum auf, sich still zu verhalten.) Nach der geheimen Untersuchung gegen Dreyfus, dieser romanhaften Untersuchung, verfügte man in dem Prozeß ausschluß der öffentlichen Anklage zu rechtfertigen, dazu gehörte absolute Achtung vor dem Gesetz; man beobachtete sie nicht. Das ist es, was zu den unablässigen Einspruchserklärungen des Dreyfus hin kommt, was Verwirrung brachte in so viele aufgeklärte Köpfe. Die Stärke unserer Gegner soviel sie guten Glaubens sind, ist ihr Glaube, daß sich alles nach den Regeln der Gesetzmäßigkeit abgespielt habe. Die Sachen sind jedoch nicht so vor sich gegangen. (Rummung) Der Ariegsminister bezahlt bereits acht Monate vor der Verhaftung des Dreyfus eine Photographie des Schriftstückes „cette canaille de D.“, welches beweist, daß ein französischer Offizier zu zwei fremdländischen Militär-Attaches Beziehungen hatte. Dieses Schriftstück bezieht sich nicht auf Dreyfus. Labori weist auf die Wichtigkeit dieses Schriftstückes hin, denn daraus stützte man sich so lange Zeit, um eine Schuld des Dreyfus zu konstruieren. Es ist dies das Schriftstück, welches das „befreundete Document“ genannt wurde, und welches eine verschleierte Dame Esterhazy aufstellte, der es seinerseits gegen

Empfangsbescheinigung dem Ariegsministerium über gab. Labori spricht sodann von General Mercier und sagt: Er ist vielleicht ein braver Soldat, aber er war großen Sachen nicht gewachsen. Denn was soll man denken von der Dictatprobe, welcher Dreyfus unterworfen wurde. Mercier setzte willkürliche Eindrücke an Stelle der fehlenden Beweise, und so kam man dazu, einen Unschuldigen verurtheilen zu lassen. Labori fragt: Warum sprach man nicht von diesem Schriftstück „cette canaille de D.“ zu Dreyfus und seinem Vertheidiger? Wir hätten die Tremde hierher kommen lassen können, um über die Echtheit des Schriftstückes zu sprechen. (Bewegung.) Der Präsident unterbricht Labori: Wir würden sie nicht verhört haben. Labori kommt sodann auf die Dreyfus auferlegte Dictatprobe zurück: Diese beweist die Falschheit des Verfahrens. Denn, wenn man einen Beweis von der Schuldbeweis gehabt hätte, würde man nicht eine Zuflucht genommen haben zu einer solchen mise-en-scène, wie die bezüglich des Bordereaus es war. Die Richter waren beim Beginn der Verhandlungen im Begriffe, den Angeklagten freizusprechen; sie hätten es gethan, wenn man nicht gegen alles Recht ihrem Urteil eine falsche Richtung gegeben hätte durch Mittheilung eines Schriftstückes, welches nicht in die Verhandlungen gehörte, über das auch nicht verhandelt worden war. Labori verliest sodann das Protokoll des Dreyfus-Ariegsgerichts und sagt hinzu: Ich habe das Amtsnachluß über diese Angelegenheit in Händen. Ich bezeuge es, daß darin nichts gegen Dreyfus enthalten ist. Ich verspreche mich mit meiner Ehre dafür, meine Herren! Ich sage es Ihnen, es ist nicht belastendes darin gegen denjenigen, welcher verurtheilt wurde. (Anhaltende Bewegung, Zeichen von Zustimmung.) Die Sitzung wird unterbrochen.

Während der Unterbrechung der Verhandlung treten zahlreiche Personen auf Labori zu, um ihm die Hand zu drücken. Laboris gemäßigter, wenn auch fester Ton, seine gewandte Sprache machen anscheinlichen Eindruck auf die Zuhörer.

Nach Wi deraufnahme der Verhandlung spricht Labori von den angeblichen Geständnissen Dreyfus' gegenüber dem Capitain Lebrun-Renault nach der Verurtheilung, und behauptet, daß, wenn ein Protokoll über diese Geständnisse existire, es erst nachträglich angefertigt worden sei. Man hätte dies durch Zeugen darthun können, wenn Lebrun-Renault als Zeuge vorgekommen wäre. Labori erinnert an die Erklä rung des Ministerpräsidenten Meline bei Gelegenheit der Interpellation Cavaignac; Meline habe damals gesagt, die Frage der Existenz des Beristes erörtern, heile der Revision die Öffnung. Labori fügt hinzu, wenn man das Protokoll nicht vorgesetzt habe, so sei es deshalb geschehen, weil die Geständnisse des Dreyfus weder möglich noch wahrscheinlich waren.

Labori gibt eine packende Schilderung der tragischen Vorgänge bei Gelegenheit der Degradation Dreyfus', erinnert daran, daß in mittleren der von der unehrlichen Menge ausgestoßenen Auf, Tod! der Verurtheilte nicht aushörte zu rufen: „Es lebt Frankreich!“ und bei den Häuptern seiner Frau und seiner Kinder seine Unschuld zu vertheuen. Dreyfus habe als einzige Gunst erbettet, daß das Ministerium seine Nachforschungen fortsetze. (Bewegung.) Labori verliest eine Reihe von Briefen des Dreyfus an seinen Anwalt und seine Familie, in denen er fortwährend verlangt, daß man den wirklich Schuldbeweis suche, und erklärt, wenn Meline den Bericht des Hauptmanns Lebrun-Renault nicht vorgesetzt habe, so sei dies unterbleiben, weil die heftigen Unschuldbeweisungen ihn beunruhigten und ihr einen Augenblick sein juristisches Gewissen über die Staatsraison stellten, die er sich gebildet habe. (Anhaltende Bewegung.)

Labori führt fort: Um Geständnisse zu erlangen, ging man bis zum Betrug. Hat nicht Paty du Clam zu Dreyfus gesagt: „Der Minister wird Sie empfangen, wenn Sie Geständnisse machen wollen?“ Labori erinnert an das Verhör von Dreyfus seines Patys du Clam; auf eine Anfrage du Patys habe Dreyfus zugegeben, daß in Einzelheiten eine Ähnlichkeit besthe zwischen seinen Schriftstücken und denen des Documents, aber daß sich beide im ganzen doch nicht gleichen; dann habe Dreyfus versichert, das Document niemals geöffnet zu haben und unschuldig zu sein. Labori führt als dann weiter aus, man habe ein Lügengebäude errichtet. Kleine Leute haben dabei aus Heimweh ihre Hölle gewählt, aber auch große, und diese seien die Schuldigen. Labori weist auf die Erklärungen des Staatssekretärs des deutschen auswärtigen Amtes v. Bülow hin und sagt: Sind die Erklärungen fremder Regierungen in Betreff Dreyfus vorhanden? (Murren) Ich habe diesen Murren erwartet. Wir hätten Fremde als Zeugen vorladen können. Der Präsident unterbricht Labori mit den Worten: „Wir hätten sie nicht gehört.“ Wir haben schriftlich kein Gewicht darauf gerichtet,

Tremde in dieser Angelegenheit anzuhören, welche unter uns geregelt werden soll, damit wir François trotz aller Intrigkeiten uns hand in Hand finden, wenn die Kriegsdrohungen, die man ziemlich leichtfertig in die Debatte geworfen hat, sich verwirklichen sollten. Aber schließlich ist eine offizielle Vermittelung in einer Commission des deutschen Reichstages erfolgt. Hier unterbricht der Präsident den Redner wieder und sagt: „Übergehen Sie das.“ Der Schluß des Plaidoyers, welches in Advoatenkreisen geradezu als eine Revision des Prozesses Dreyfus auf dem Schwurgericht angesehen wird, war hauptsächlich gegen den Ministerpräsidenten Meline gerichtet. Labori sagt: Meline war vorsichtig, als er weigerte, sich der angeblichen Geständnisse des Dreyfus zu bedienen. Vielleicht auch schied er sich darin, ruhig gewähren zu lassen, und da sage ich Ihnen, meine Herren Geschworenen, daß es in der ganzen Geschichte keinen verabschauerten Namen giebt als den des Pontius Pilatus.

Die Ovation, welche Labori in diesem Augenblicke breitete wurde, stieß auf heftige Opposition von Seiten der zahlreich zumeist in Civil erschienenen Offiziere. Ein Jägerhauptmann geriet mit mehreren, ihren Beifall bezeugenden Personen in Streit, der ohne Darwins Kunst der Wache in Thätigkeiten ausgetragen wäre. Frauen von Offizieren riefen lärmend: „Es lebe die Armee!“ Andere Zuhörer riefen: „Nieder mit den Juden!“ Weitere andere: „Es lebe Labori!“ Im Saal herrschte ein unbeschreibliches Durcheinander. Ein Garde républicain sah Trarieus am Arm, um ihn hinauszutragen. Trarieus machte sich los und erhob lebhafte Widerworte: „Ich bin Senator“, sagte er, „ich bin unvergleichlich!“ Der Gardist bestand hierauf nicht weiter auf seinem Verlangen.

## Politische Tageschau.

Danzig, 23. Februar.

### Reichstag.

Der Reichstag beendete gestern die Berathung des Ordinariums des Militäretats. Aus den Verhandlungen sei hervorgehoben:

Abg. Bebel (soc.) beschwerte sich, daß in der Armee jüdische Aerzte ferngehalten werden, woraus sich das Manco an Aersten erkläre.

Ariegsminister v. Göhler: Es existirt keine Verfügung, welche jüdische Aerzte ausschließe. Die Aerzte werden nicht nach der Religion, sondern nach der Fähigkeit ausgewählt. Es gibt auch eine ganze Reihe höherer jüdischer Sanitätsoffiziere.

Des Abg. Ischaurat (antis.) polemische antisemitische Bemerkungen veranlassen den Abg. Richter (frei. Volksp.) sich einzumischen, welche große Zahl jüdischer Militärärzte den Krieg von 1870 mitgemacht und das Eisene Kreuz erhalten haben.

Abg. Haase (soc.) behauptet, daß sie durch die Grenzwerke geführten Fleischpreise auch auf die Fleischfeste im Heere zurückzuführen.

Generalleutnant v. Gemmingen entgegnet, das gilt nur für die Zeit bis zum 1. April. Von da ab tritt der Preis halber keine Erhöhung der Versorgung ein.

Abg. Ischaurat (antis.) führt die Vertheuerung der Fleischpreise in Königsberg auf das Verhalten eines Confortums von fünf Großhändlern zurück.

Abg. Richter (frei. Volksp.) weist darauf hin, daß Ahlwardt in älten Bemerkungen von den Judenfamilien mit der Variation erneut habe, daß die Löwenjüden Waffen wegen Unbrauchbarkeit hätten zerlegt werden müssen und die Metallteile in Hörde eingemischt seien.

General v. d. Boeck: Es hat allerdings die Verlegung alter wertvoller Waffen stattgefunden, darunter auch französische Metallteile. Diese sind von der Firma Herz in Mehl erstanden und nach Hörde zum Einschmelzen verkauft worden. Gewehre — oben 88, bei denen nur sogenannte Judenflinten gesucht werden könnten, sind überhaupt nicht zerlegt worden. Dieselben befinden sich vielmehr in völlig gutem Stande. Die Löwenjüden Gewehre bewahren sich ebenso auf wie andere.

Abg. Richter bringt unter Hinweis auf die entgegkommenden Erklärungen des Ariegsministers v. Göhler und seines Vorgängers Bronsart de Bellenois die Frage, im Interesse ihrer Entwicklung die Stadt Danzig von den beengenden Fesseln der Rayonbestimmungen zu befreien. In maßgebenden Kreisen lege man den größten Wert auf die Förderung der Industrie in den dortigen Vororten. Möge mit Rücksicht hierauf die Militärverwaltung und die Reichsrayoncommission baldigst die Wünsche Danzigs erfüllen.

Ariegsminister v. Göhler erwidert, Danzig befindet sich allerdings in schwieriger Lage, aber mit Rayon-

Interessen Annahme  
Reiterbagergesetz Nr. 4  
Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Sonnabends von 8 bis 10 Uhr mittags 7 Uhr geschlossen.  
Auswert. Annonsen-Nachrichten in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stuttgart, Leipzig, Dresden u. W. Rudolf Mohr, Haenlein und Vogler, M. Steiner & Co. Emil Frieder.

Unteratemp. für 10 pfennig  
Beile 20 Pf. Bei größerem Auftragen u. Wiederholung Rabatt.

erleichterungen allein sei nicht geholfen. Danzig müsse sich nach der See erweitern. Dazu gehören Gold und die Stadt Danzig müsse sich über einen vollständigen Plan klar werden, in welchem Maße und in welcher Richtung das geschehen soll. Dann möglicherweise an die Militärverwaltung herantreten.

Abg. Richter bittet zunächst wenigstens bezüglich der Bauten in der Halben Allee Rayonbestimmungen zu gewähren.

Ariegsminister v. Göhler: Ich habe nur ein Bedenken, daß diese einigen Privatpersonen aber nicht der Allgemeinheit zu gute kommen.

Heute steht das Extraordinarium des Militäretats auf der Tagesordnung.

Berlin, 22. Febr. Am Donnerstag beginnt in der Budget-Commission die Berathung der Flottenvorlage.

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte gestern den Rest des Staats des Ministeriums des Innern unter einstimmiger Annahme einer Resolution, in der die Regierung ersucht wird, eine Verbesserung der Gehälter der Landsgendarmen sowie der Schuhmänner in Berlin und in den Provinzen im nächsten Jahr herbeizuführen. Der Minister Frhr. v. d. Recke hatte hierzu eine entgegengesetzte Erklärung abgegeben.

Heute steht die Vorlage betr. das Anerbenecht in Westfalen und der Antrag Herold betr. die Übernahme der Kosten für veterinärpolizeiliche Untersuchungen auf den Staat auf der Tagesordnung.

Im Abgeordnetenhaus begründete heute der Centrumabgeordnete Herold seinen Antrag auf Übernahme der Kosten für tierärztliche Untersuchungen auf die Staatskasse. Er weist darauf hin, daß diese ärztlichen Untersuchungen im öffentlichen Interesse geschehen und der Staat daher die Kosten tragen müsse, wie im Königreich Sachsen.

Regierungscommissar Geh. Rath Küster erklärt, die Regierung habe sich noch nicht über den Antrag schließlich gemacht; er sei viel zu allgemein gehalten und in der vorliegenden Form nicht annehmbar. Es würden dadurch den großen Communes Kosten abgenommen, die ihnen eigentlich zufallen sollten. Die Stadt Berlin würde dadurch beispielweise 25 000 Mk. ersparen.

Abg. v. Mendel-Steinfels (cons.): Für den Antrag in der vorliegenden Form können wir nicht eintreten. Die großen Communes und die großen Händler, welche das Hauptinteresse an einem gefundenen Viehstand haben, dürfen nicht in solcher Weise entlastet werden.

Abg. Dösbach (Centr.) tritt für den Antrag ein.

Abg. Goehren (frei. Vereinig.) spricht ebenfalls für den Antrag. Es darf, wenn die ärztlichen Untersuchungen im öffentlichen Interesse ange stellt werden, kein Unterlaß zwischen Stadt und Land gemacht werden. Er und seine Freunde stimmten den Antrag zu er sei ein richtiges „kleines Mittel“ für die Landwirtschaft.

Der Antrag wurde darauf an die Agrar-Commission verwiesen.

### Ahlwardts „Judenflinten“.

Zum Verständnis der Anfrage, welche der Abg. Richter gestern im Reichstage bei der Berathung des Militäretats bezüglich der von Ahlwardt behaupteten Einschmelzung der „Löwe'schen Judenflinten“ an den Ariegsminister gerichtet hat, muß man wissen, daß Ahlwardt im Richterhafen Wahlkreise Hagen seine Candidatur aufgestellt und angekündigt hat, er werde dafür sorgen, daß Richter nicht einmal in die Gleichwahl komme. Seit Wochen bereitet Ahlwardt den Wahlkreis, in dem er in langen Reden alle die alten, im Reichstage feierlich für Löwen erklärten Geschichten über die Reichsbank u. s. w. wieder aufwärmt. Die Erzählung von der Einschmelzung der Löwe'schen Gewehre gehört auch in das Repertoire Ahlwardts.

### Deutsches Reich.

\* [Ein freiconservatives Blatt über Minister v. d. Recke.] Minister v. d. Recke hat mit dem Geheimrat Lindig im Abgeordnetenhaus bei den Verhandlungen in der vorigen Woche so un-

war, daneben war er ein mächtiger, regierender Fürst, der nicht nur mit seinem Courthof, sondern auch noch mit der polnischen Königskrone blenden konnte — Daphne aber war unerschrocken und leichtgläubig, — wie, wenn der Versucher auch sie herantrete — — —

Friedrich Leopold beruhigte sein erschrecktes Gemüth über die frivole Auflösung seiner Diener wieder, als er mit Daphne nach Hause fuhr und sie nicht müde wurde, ihm ihren Enthusiasmus über die gebliebene Pracht, über die Gnade des Churfürsten u. s. w. kundzugeben. Der Freiherr kannte die Welt auch nicht viel, er kannte das Frauenherz noch weniger, aber ihm sagte sein Influnkt, wie das nicht gefährlich sein kann, worüber man spricht, nur das Verschwiegene die Gefahr in sich birgt.

Und so gingen sie mehr als eine Woche lang von Vergnügen zu Vergnügen an dem üppigen Hofe zu Moritzburg, und je öfter sie dort erschienen, je weniger kam der Churfürst von Daphnes Seite — er schien wie gebannt an die holde Erscheinung.

Über Friedrich Leopold kam dabei aber eine sonderbare Rüte, — er hatte den Tag der Abreise nach Ulmenried gefeiert, ohne daß Daphne dem widersprochen hätte, und er sah im entgegen mit begreiflicher Sehnsucht.

„Gind wir erst daheim, dann wird alles wieder gut und in der reinen Nähe der Kinder wird dieser Rausch versiegen wie Spreu im Winde“ (Fortsetzung folgt.)

### Die blonden Frauen von Ulmenried.

Eine Familiengeschichte aus vier Jahrhunderten von Eusemia v. Adlersfeld-Ballestrem.

[Nachdruck verboten.]

25)

(Fortsetzung.)

günstig abgeschnitten, daß selbst die conservativen „Schles. Ztg.“ ihn nicht mehr zu vertheidigen wagt. So schreibt dieselbe in einem längeren Artikel über den Minister:

„Doch der Minister des Innern sich als Chef der Polizei durch diese in concreten Fällen vielfach unberechtigten Angriffe gekränkt fühlt und sich den Angreifern gegenüber in gereizter Stimmung befindet, wird niemanden Wunder nehmen. Dass er aber so weit ging, die Polizei ganz allgemein als den ausförmlich ungerecht leidenden Theil zu bezeichnen und zu behaupten, daß nicht mehr politische Übergriffe vorkommen seien als in Folge der „menschlichen Unvollkommenheit“ unvermeidlich wäre, kann nur durch einen gewissen Mangel an Verständnis für dringende Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung erklärt werden. Wir sind der Ansicht, daß eine Reorganisation der Polizei ganz sicher vorgenommen werden wird. Sollte Herr v. d. Recke seine Mitwirkung hierzu versagen, oder in nur ganz beschränktem Umfange in Aussicht stellen können, so würde sie eben unter seinem Nachfolger in Angriff genommen werden müssen.“

[Über den Fall Dreyfus] verhandelte am Montag eine von über 1000 Personen beteiligte Volksversammlung. Abg. Ahlwardt, mit Beifall und Pfeifen empfangen, stellte Dreyfus als zu Recht verurtheilt hin. Was gebe uns Deutsches an, was eine andere Nation mit Verrätern beginne? Der Redner bringt seine Verurtheilung im Judentum-Projekt in Parallelen mit der Dreyfussache; auch in seinem Projekt hätten die Offiziere das Schweigegebot befolgt. Mit demselben Recht wie Dreyfus hätte er (Ahlwardt) eine Revision seines Prozesses verlangen können. (Beifall und Heiterkeit.) Die Antheilnahme Jolas sei aus übertriebenem Ehrgeiz und vielleicht noch schlimmeren Motiven erfolgt. Als der Redner Jola wegen der Tendenz seiner Schriften mit dem Ausdruck „Schwein“ belegte, entstand große Unruhe. Ahlwardt nahm daraus hin Verantwoortung, das Wesen wahrer Kunst darzulegen, und erzielte damit bei der Mehrheit der Versammelten lebhafte Beifall. In der Discussion vertreten zwei Socialdemokraten einen entgegengesetzten Standpunkt. Sie hoben die lautere Absicht Jolas und seine Verdienste um die Literatur hervor. Das Schlussswort hatte der Verleger des „Deutschen Generalanzeigers“ Gedächtnis. Er kündigte an, daß die antisemitische Partei den Fall Dreyfus-Jola zum Ausgangspunkt einer energischen Agitation gegen die Juden in Deutschland benutzen und gesetzgeberische Maßnahmen vom Reichstage und von der Regierung verlangen werde.

### Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 23. Februar.

Wetteraussichten für Donnerstag, 24. Februar, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Zieltisch milde, wolken, vielfach heiter.

\* [Stadtverordneten-Sitzung am 22. Febr.] Vorsthender Herr Gieslers; Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Delbrück, Bürgermeister Trompe, Stadtrath Loop, Dr. Damus, Fehlhaber, Dr. Bail, Dr. Ackermann, Voigt, Meckbach, Helm, Gronau und v. Rohnski.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsthender des vorstehenden Stadtraths Schütz und würdet demselben einen kurzen, warmen Nachruf. Der Verstorbene sei viele Jahre ein lehrhaftiges Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung gewesen und habe stets die Interessen der Stadt mit Eifer wahrgenommen. Als er später zum Stadtrath gewählt worden war, ist er auch dem Magistrat ein lieber College geworden. Wir werden auch nach seinem Tode ihm eine dankbare Erinnerung bewahren. — Die Versammlung ehrt das Andenken des Entschlafenen durch Erheben von den Söhnen.

Die Versammlung bewilligt dann ein Urlaubsgesuch und nimmt Kenntniß von dem Eingang des Geishäftsberichts des Danziger Hypotheken-Vereins pro 1897 sowie von dem Protokoll über die am 2. Februar vollzogene außerordentliche Revision der Rosse des nördlichen Leihamts.

Der kürzlich verstorbene Kaufmann Albert Junck hierzuliebt hat, wie die „Danz. Ztg.“ s. 3. mittheile, der Stadt ein Vermächtnis von 150 000 Mark hinterlassen mit der Bestimmung, daß diese Summe den Grundstock bilden soll zu einem Kapital, welches durch Zinszuwachs etc. bis zur Höhe von 500 000 Mark anzusammeln ist und dann zum Bau einer „Stadthalle“ zu verwenden ist, d. h. zum Bau eines hauptsächlich musikalisch-kunstlerischen Zwecke dienenden, modernen Anforserungen entsprechenden Saales mit Nebenräumen. Aber auch sonst vor der Erreichung der angegebenen Kapitalsumme soll die Verwendung der Stadt freistehen, wenn sie in der Lage ist, den Glückszettel in angemessener Weise zu erfüllen. Der Magistrat beantragt mit mit dem Ausdruck dankbarer Anerkennung für den oft betätigten Gemeinstinn des Glücks die Annahme des Legats. Mit einem Dankesvolum durch Erheben von den Söhnen wird dieselbe einstimmig beschlossen.

In der vorletzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung war bekanntlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß nach § 29 der Städteordnung unser Magistrat collegium zwölf unbesetzte Stadtrathstellen habe, von denen seit zwanzig Jahren nur zehn besetzt sind. Stadtrat und Stadtverordneten-Versammlung hatten im Jahre 1876 von einer Ergänzungswahl für die Herren Höne und Richter, von denen ersterer gefordert, letzterer in Folge Uebernahme der Landes-direktorwahl in Königsberg ausgeschieden war, Abstand genommen, weil es an geeigneten bereitwilligen Candidaten schaute und weil außerdem eine Revision der Städteordnung damals in Aussicht stand. In Folge der von der Versammlung am 11. Januar d. Js. beschlossenen Resolution beantragt nunmehr der Magistrat die Verständigung des Collegiums um zwölf unbesetzte Mitglieder. Die Versammlung beschließt, betreffs dieser beiden Stadtrathswahlen wie betreffs der Herren Schütz vorzunehmenden Erstwahl und Wahlaustritt mit den Vorbereitungen zu beauftragen.

In Langfuhr ist die Zahl der Schulkinder in so bedeutendem Anwachsen begriffen, daß die vorliegende Bezirksschule bei weitem nicht mehr ausreicht. Es hat der Bau einer zweiten vorliegenden Bezirksschule bereits in fester Aussicht genommen werden müssen. Da aber der Bau erfordert ca. zwei Jahre erfordert wird, ist vom Magistrat das benachbarte Baurath Schmidt'sche Grundstück zur Errichtung von 4-5 Schulklassen auf zwei

Jahre gemietet worden. Die Versammlung bewilligt die vereinbarte Jahresmiete von 1000 Mk. und außerdem zu den erforderlichen Einrichtungen den einmaligen Betrag von ebensolchen 1000 Mk.

Die Versammlung genehmigt dann die weitere Vermietung des Grundstücks Pfefferstadt 52 (ehemalige Artillerie-Pferdeställe) an Hrn. Brauereibesitzer Th. Holtz für 500 Mk. auf ein ferneres Jahr; die Uebertragung der Pacht des Platzes Hopfengasse 90 von dem verstorbenen Holtz und Kobilshändler F. W. Johannsen auf dessen Erben bis zum Ablauf der Pachtzeit am 1. Juli 1899 für die bisherige Pacht von jährlich 700 Mk.; die Verpachtung von zwei Parzellen der sog. Schaderuthen bei Heubude (37 Ar) an die Witwe Fechner, geb. Braun, auf 12 Jahre für jährlich 300 Mk. (bisherige Pacht 225 Mk.); die Uebertragung der Pacht einer Landparzelle in Bürgerwiesen von der Witwe Günther auf ihren Sohn Robert für den Rest der Pachtperiode; ferner den Ankauf von 9 Qu.-Metres Straßenfläche zur Flachlinienteilung in Schellingfelde für 27 Mk.

Der Erwerb des Grundstückes Al. Wollweber-gasse Nr. 11 für die Stadt erscheint deshalb besonders wünschenswert, weil dasselbe sich rückwärts unmittelbar an das Hauptwachgebäude anlehnt, ja mitten in dasselbe hineinschneidet. Der untere Theil des letzteren ist zwar z. Z. noch im Besitz des Militärfiscus, man hofft jedoch später eine Verlegung der Hauptwache zu ermöglichen, und dann würde sich durch das Grundstück Al. Wollweber-gasse 11 leicht eine Passage nach dem Kohlenmarkt zur Entlastung des Langgassers Thores herstellen lassen. Noch wünschenswerther ist der Erwerb dieses Grundstückes aber auch zunächst deshalb, weil sich durch dasselbe ein besserer Zugang zu den Sälen über der Hauptwache, welche sind im Besitz der Stadt befinden, anlegen läßt. Da die Besitzerin den früher geforderten Kaufpreis von 15 000 Mk. jetzt auf 12 600 Mk. ermäßigt hat, beantragt der Magistrat den Ankauf für diese Summe. Die Vorlage erregt eine ca. halbstündige Debatte, in welcher sich anfangs Widerspruch gegen den Ankauf erhob, der aber nach eingehender Erörterung der Sachlage fallen gelassen wurde, so daß der Ankauf einstimmig befürwortet wurde. Aus der Debatte ist Folgendes hervorzuheben:

Stadt. Schmidt findet, daß der Preis viel zu hoch sei; man brauche das Grundstück nicht so notwendig, um einen solchen Preis zu zahlen. — Stadtbaudirektor Fehlhaber weiß darauf hin, daß Herr Stadtverordnete Schert in derselben Sitzung ebenso hohe Preise habe anlegen müssen. Der Preis sei wohl hoch, aber nicht zu hoch, angesichts der Verwendung des Grundstückes und seiner Lage. — Oberbürgermeister Delbrück sieht ebenfalls zu dem Preis viel zu hoch, obwohl er für die ehemals Lumpische Belebtheit der Niederstadt hin. — Stadt. Klein weiß, daß das Terrain billig sei, weil sein Erwerb vielleicht in naher Zeit, namentlich wenn Ragonierleichterungen erzielt würden, für die Stadt recht wertvoll sei und dann durch Meliorierungen auch wesentlich verbessert werden könnte. — Stadt. Bauer ist im wesentlichen derselben Ansicht. Wenn man auch das Terrain durch Aufschüttungen von Sand erhöhe, so würden die Wohnungen doch stets ungefähr bleiben. — Stadt. Gibson bestätigt, daß das jetzt in Frage stehende Terrain der Abeggsftung zum Erwerb für den Bau von Arbeitersiedlungen nicht geeignet erscheinen sei, weil die Bodenaushebungen und die Straßenanlagen zu teuer sein würden. Durch entsprechenden Kostenaufwand lasse sich das Terrain aber zur Bebauung geeignet machen. Keiner stimmt den allgemeinen Ausführungen des Herrn Schönber über die Fürsorge für Arbeitersiedlungen zu und bedauert, daß der Haus- und Grundbesitzer-Verein sich mit akademischen Ausführungen über diese Sache begnügt habe. Redner wünscht, daß in größerem Maßstabe schöpferisch vorgegangen werde. — Stadt. Davidsohn hält es nicht für so schwer, durch Aufzäsuren von Kohlenstachle etc. das Terrain bebauungsfähig zu machen. — Stadt. Dr. Lehmann weist auf die ehemals Lumpische Belebtheit der Niederstadt hin. — Stadt. Klein macht darauf aufmerksam, daß man das Terrain für den Bau einer Arbeitersiedlung nicht mit dem Maßstab für große kostspielige Bauanlagen oder für Sommer-Villencolonien messen könne. Die Arbeitersiedlungen seien Winter und Sommer fast den ganzen Tag über auf verhältnismäßig enge Wohnräume angewiesen, die er nicht auf feuchten Untergrund stellen möchte. — Im Laufe der Debatte hatte ferner Stadt. Schönber dem Magistrat nahegelegt, seinen Augenmerk auf das Gelände bei Strohdeich zu richten und dieses zu dem Bau von Arbeitersiedlungen zu erwerben. — Oberbürgermeister Delbrück erklärte jedoch, daß dieses Gelände von der Fortification als nördliche Tore erachtet werde. Dieselbe habe dort nicht einmal die Verbreitung einer Straße gestattet.

Dem hiesigen Stadttheater sind bekanntlich im Interesse der Kunstsiedlung seit einer langen Reihe von Jahren die Kosten für verbrauchtes Leuchtgas bis zu einem gewissen Betrage erlassen worden. Letzterer belief sich bis in die 1870er Jahre auf 2000, stieg dann auf 6000, 1884 zunächst auf 1000 und seit dem Jahre 1891 auf 8000 Mk. Der Magistrat beantragt und die Majorität der Rämmerei-Deputation befürwortet, die Subvention in dieser Höhe auch für die Saison 1897/98 dem Stadttheater zu bewilligen, wobei er bemerkt, daß das Theater in der Saison 1896/97 für 11 324 Mk. Gas verbraucht, also noch 3324 Mk. bezahlt hat. Leider diese Vorlage entsteht eine fast zweitständige lebhafte Debatte, die im wesentlichen folgenden Verlauf nimmt:

Stadt. Schmidt: Die Vorlage ist eine von den jungen, die in jedem Jahre die Bürgerschaft zu Erneuerungen veranlassen. Er möchte näher auf die Erneuerung der Subventionen eingehen. Im Jahre 1884

habe die Stadt dem damaligen Director Jantusch 6000 Mk. zugeschossen, später in die Summe zweimal um je 1000 Mk. erhöht worden und seit dem Jahre 1891 ist die Subvention gleich geblieben und immer wieder bewilligt worden, und es ist immer so ingestellt worden, als verstände sich von selbst. Der heilige Director weist 12 Jahre als Theaterleiter in unserer Stadt und während seines Hierzens hat sich die Menge des theaterbegeisterten Publikums vom ganz entschieden vermehrt. Eine ganze Reihe von Schörben ist gerade in dieser Zeit nach Danzig verlegt worden, er crinnere an die Eisenbahndirection, Kriegsschule, Intendantur, Vermehrung und Erweiterung der Provinzialbehörden u. s. w.; in ihnen befinden sich doch hohe und höchst geschätzte und viele andere Beamte, die das Theater besuchen. In diesem Jahre ist von dem Director zur Begründung seines Subventionssuches nichts gesagt worden und er erlaubt sich deshalb, auf die Begründung vom vorigen Jahre in einigen Punkten zurückzugreifen. Da hat es geheißen, der Director habe lange bei niedrigen Preisen gemüthlichkeit und zahlreichen Vereinen und Gesellschaften Vergütungen zu Theil werden lassen. Da, die niedrigen Preise sind doch nur der Anlaß dazu, daß weitere Kreise das Theater besuchen; gespielt muß werden, auch wenn das Theater nur viertelvoll ist und da kann der Director froh sein, wenn er durch seine Preise noch mehr Besucher anzieht. Ein so geschäftskundiger Mann, wie der Herr Director Rose, versteht natürlich auch sein Haus zu füllen, und deshalb giebt er allerlei Vergünstigungen, aber diese verleiht doch nur das Publikum, in sein Theater zu gehen (Heiterkeit). Weiter habe der Director behauptet, er habe Verbesserungen zum Theil der Sicherheit des Theaters gemacht. Das steht ganz beweislos da, z. B. sei ihm (dem Redner) versichert worden, daß das die königl. Regierung (königl. Theater-Commission) gemacht habe. Der Herr Director habe dann behauptet, er zahle für den Monat der Spielzeit 1300 Mk. Pacht an die Regierung. Da kann er aber schlecht rechnen, denn er zahle im ganzen 7500 Mk. an Pacht, mache also für den Monat der Spielzeit nur ca. 1000 Mk. für Bureau, Probenräume u. s. w. will er monatlich weiter 2000 Mk. ausgeben. Ob das bewiesen ist? Nun zu der Frage des Gasverbrauchs; dieser habe im vergangenen Jahr ca. 11 000 Mk. betragen, so daß der Director noch ca. 3000 Mark zugeben müsse. Bereits im vorigen Jahre sei in der Stadtverordneten-Versammlung die Bereitstellung des Gasometerlasses angefochten worden und damals habe der Magistrat die guten Leistungen des Theaters gelobt. Daraus kann man in diesem Jahre aber garnicht reden. Der Herr Director scheine überhaupt in diesem Jahre geglaubt zu haben, eine Motivierung sei nicht nötig, weil der Zuschuß ja alle Jahre bewilligt worden sei. Im vorigen Jahre habe der Director gemeint, er werde das Kunstinstitut auf der gleichen Höhe halten, wie bisher. Dafür danken wir bestens, wenn er weiter nichts dazu will. Und als Hauptsache habe er angegeben, die Ausgaben übersteigen die Einnahmen. Er wolle an den Magistrat hierbei die Anfrage richten, ob er sich durch eine genaue Durchsicht der Bücher davon überzeugt habe, daß die Ausgaben wirklich die Einnahmen überschreiten. Beantwortet der Magistrat das mit ja, dann bin ich der erste, der für die Subvention ist, dann wollen wir sie bewilligen. Ist das aber nicht so, ist das richtig, was in sich in der Stadt erzählt, daß der Director ein gutes Geschäft macht, dann diesem Manne keinen Groschen, dann sehen wir lieber, ob wir noch etwas von der vorigen Subvention zurückbekommen können. (Große Heiterkeit) Wir haben kein Geld für die Geschäftszwecke des Herrn Directors. Wir haben weiter aus den Recessionen in den Zeitungen gelesen, daß nicht alles auf der Bühne so gewesen ist, wie es sich gehört. Außerdem sollte er (Redner) nicht darauf eingehen, wie der Director

annehmen. Große Complexe zur Errichtung von Arbeitersiedlungen können nur der Magistrat schaffen. Die Industrie könnte nicht besser unterstützen werden, als wenn man für die Arbeitersiedlungen schaffe. Viel sittliches und soziales Elend hängt mit der Wohnungsfrage zusammen. Auch vom Gesichtspunkt der städtischen Armenpflege aus werde man dieser Frage näher treten müssen. — Stadt. Klein bestätigt als Mitglied einer Abordnung der Rämmereideputation die im letzten Späthommer auch das jetzt in Rede stehende Terrain auf seine Geeignetheit für Anlegung von Arbeitersiedlungen bestätigt und untersucht hat, die Angaben des Herrn Dr. Müller über die Lumpische Belebtheit. Man steht in einem sehr weichen, kaum betretbaren Mooroden schon in der Tiefe eines halben Meters auf Wasser. Er würde seine Zustimmung nicht dazu geben können, in diesem noch erheblich unter dem Niveau der Schichthaufen Werft liegenden Sumpf etwa eine große Arbeitersiedlung bauen zu wollen, und er möchte nicht den Glauben sich bilden lassen, als solle das Terrain zu diesem Zweck gekauft werden. Dem Ankauf selbst stimme er zu, weil sein Erwerb vielleicht in naher Zeit, namentlich wenn Ragonierleichterungen erzielt würden, für die Stadt recht wertvoll sei und dann durch Meliorierungen auch wesentlich verbessert werden könnte. — Stadt. Bauer ist im wesentlichen derselben Ansicht. Wenn man auch das Terrain durch Aufschüttungen von Sand erhöhe, so würden die Wohnungen doch stets ungefähr bleiben. — Stadt. Gibson bestätigt, daß das jetzt in Frage stehende Terrain der Weihnachtszeit eben nur bis Weihnachten, höchstens bis Neujahr, der Herr Theater-Director rechnet aber bis Februar. Weihnachten, d. h. so lange gäbe er sein Weihnachtsmärchen als Nachmittagsvorstellung. Der Herr Director rechnet darauf, daß er gute Freunde und Söhne habe, die ihm die Subvention stets durchsetzen hätten, da brauche er sich keine große Mühe darum zu geben. Redner meint: Wenn Sie die Überzeugung haben, daß die Einnahmen des Theaters nicht größer sind als die Ausgaben, dann bewilligen Sie; haben Sie diese Überzeugung nicht — der Herr Director soll, wie Redner gehört haben will, die Abonnementsgelder im Betrage von ca. 50 000 Mk. jährlich nach der Schweiz wandern und mit den Tagessummen wirtschaften — dann streichen Sie die Summe. Hat der Theater-Director sich bisher ein Vermögen erworben, so sööne ich es ihm gern, aber dann bewillige ich keine Subvention.

Oberbürgermeister Delbrück bittet zunächst die Theaterfrage von der Person des augenblicklichen Directors trennen zu wollen. Ein leidliches Theater ist eine Notwendigkeit für eine größere Stadt, es hängt, und damit werden wohl auch die Herren Haushalter einverstanden, daß Gedanken eines Ortes mit davor ab, ob es dem einigermaßen wohl sitzenden Bewohner möglich ist, sich einen ihm zugesagten Kunstgenuss zu verschaffen. Danach nimmt in der Theaterfrage unter den Gläubigern eine exceptionelle Stellung ein. Das jetzige Theater ist 1801 auf Seiten gebaut, die Gesellschaft ging ein und der Staat kaufte es, wohl um der neu annectirten preußischen Stadt sein Wohlwollen zu beweisen. Die Kosten werden aus der Pacht amortisiert, ebenso die Kosten für die Unterhaltung des Betriebes daraus bestritten. Der Fiscus unterhält also das Theater, aber als weiser Haushalter wendet er nicht mehr für dasselbe auf, wie er aus der Pacht übrig bleibt. Wenn nun die Subvention nicht bewilligt wird, verkleinerst du sich die Pacht und eines Tages würde der Fiscus das Theater, das nichts bringt, zumachen und der Stadt überlassen, nun für ein besseres Theater zu sorgen. Das jetzige Theater besteht nicht mehr lange, behalten wir es aber so lange wie es irgend geht, sonst freiben wir einem Theaterneubau entgegen und daraus entstehen für die Stadt Ausgaben, die in keinem Verhältnis stehen mit den jetzigen, denn die 8000 Mk. in Gas kosten uns als Producenten doch nicht soviel. Er will einige Beispiele anführen, was anderen Städten das Theater kostet. So hatte Halle ein altes Theater, das noch schlechter war als unseres, und in den 1870er Jahren wurde ein neues gebaut, das 1 600 000 Mk. kostete und kostet ist. Der Theatersatz der Stadt betrug jetzt 50 000 Mk., die Stadt zahlt 8400 Mk. zu, ferner beträgt die Summe, welche für den Fundus von der Stadt zugestellt wird, im letzten Jahr 15 000 Mk. In Stettin ist die Sache noch unbedeutend. Dort ist ein nicht häßliches Theater, das Stadtheater, aber nicht modern und klein und mit einiger Mängeln. Dieses wurde bisher von der Kaufmannschaft und von der Stadt mit einem jährlichen Zuschuß von je 12 000 Mk. unterhalten. Dann aber übernahm die Stadt das Theater und einige kunst- und menschenfreudliche Herren hätten in der Stadtverordneten-Versammlung nun allerlei Ausstellungen an dem Theater gemacht. Die Polizei zu sofort auf Grund dieser Schilderungen von kunstfreudlichen Stadtvorordneten-Umbauten gefordert, welche die Summe von 150 000 Mk. erfordern würden. In Folge dessen habe eine andere Partei in der Stadtverordnetenversammlung den Vorschlag gemacht, ein neues Theater zu bauen und es sei eine Commission durch ganz Deutschland gesucht, um einige Mustertheater zu studieren. Er selbst habe die Herren aus der Rückreise getroffen mit der fröhlichen Überzeugung, daß sie wohl 1½ Millionen davon zenden müßten. Ein Theater für 3000 000 Mk. hatten sie auch gesehen, aber von dem ging schon der Punkt ab. (Heiterkeit) In Königsberg ist das Theater Action-Unternehmen, aber die Stadt zahlt diese Erwerbsgenossenschaft 12 000 Mk. Zuschuß. In Bromberg kostet das Theater der Stadt 23 000 Mk. Zuschuß. Sie zahlen, alles nicht ohne Zuschüsse, und eigene Theater kosten viel Geld. Ich hoffe alles zu tun, um den jetzigen Zustand des Theaters zu erhalten. (Zuruf: Doch den laulichen!) Nein, die jetzigen Verhältnisse überhaupt. Meine Herren, wenn wir an dem jetzigen Zustand röhren, haben wir einen Neubau durch die Stadt vor uns und hätten wir uns, daß wir nicht etwa jetzt dem Gang der Ereignisse vorgreifen! Wenn wir nun darüber klar sind, daß wir, ganz abgesehen von der Person des Directors, Subventionen müssen, dann kommen wir auf die Theatersverhältnisse des letzten Jahres. Es wird eingewendet, das Theater sei jetzt ungünstig gelegen. Ich verstehe nicht viel davon; in diesem Jahre hat mir auch die Zeit gefehlt, hinzugehen, über, ob im Vorjahr sah ich einige Vorstellungen, die waren ganz gut. Nur sind diesmal einige Verunglücksfälle vorgekommen, welche die Direction wohl besser vermieden hätte. Man rechnet darunter den Sänger, der nicht sang, sondern nur sprach (Heiterkeit), auch die Vorherrschaft bei Benefizien etc. Man glaubt, daß auch diepielsweise die Oper nicht auf der Höhe fröhlicher Leistungen steht. Der Director ist, abgesehen davon, daß er das Innere eines Künstlers nicht immer durchschauen kann, auch durch die Gagengeschäfte genötigt, oft mit Anfängern zu arbeiten, und da kann oft nicht alles so glatt gehen, als wie mit berühmten Künstlern. Wenn man nun noch berücksichtigt, daß der Director alles bringen soll: Wagner'sche und Mozart'sche Opern, Operetten, Schauspiele, Lustspiele und wer weiß was noch alles, so ist das eine Leistung, die sehr schwer ist. Die Berliner Theater z. B. haben ein bestimmtes Genre und dafür eingespielte Künstler, sie führen ein Stück 100—200 mal auf und verdienen damit viel Geld. M. h., das sind alles mildernde Umstände für unser Theater. Die Verhältnisse sind jedoch nicht zu viel röhren dürfen, denn wenn das Theater erst geschlossen ist, werden wir einen Gewara von Petitionen um Errichtung eines neuen Instituts erhalten, wenn sich erst die öffentliche Meinung mit der Frage beschäftigt. Endlich ist gesagt worden, der Director verdient viel Geld. Das ist nicht so toll. Er (Redner) habe sich von dem Director dessen Eileuerabschreiben und die Bücher der letzten Jahre, welche diesem Ausfrieren zu Grunde liegen, eingefordert und habe sie auch erhalten. Die Bücher erstrecken sich auf den Zeitraum von 1894—1898. Im ersten Jahre hat das Theater nach Abzug aller Kosten dem Director gerade so viel gebracht, wie er zu einem bescheidenen Lebensunterhalt gebraucht. Die beiden folgenden Jahre waren besser, es ist ein bescheidener Unternehmergevin gebildet. Keineswegs kann er aber 50 000 Mk. jährlich nach der Schweiz gelebt haben. Redner habe ferner festgestellt, daß der Gagengesetzes des Stadtheaters sich gegen früher nicht besonders verändert habe, er beträgt 21 000 Mk. monatlich. Der Director behält also nach Abzug aller Kosten einen bescheidenen Unternehmergevin, aber ein Director übernimmt doch auch nicht ein Theater, um durch dasselbe in wenigen Jahren bankerolt zu werden. Gründliche und sagliche könnten die Verhältnisse nicht gut vom Magistrat untersucht werden, als es geschehen ist; derartige Erörterungen werden nicht eintragen; der Kontrakt ist verloren. Der Director habe ihm noch auf einer Kontrakt gegeben, der Director habe ferner festgestellt, daß der Gagengesetzes des Stadtheaters sich gegen früher nicht besonders verändert habe, er beträgt 21 000 Mk. monatlich. Der Director behält also nach Abzug aller Kosten einen bescheidenen Unterneh

Wur die Kritik beschäftigte sich mit den Stücken in einer Weise, die nach Ansicht des Directors ihm keine genügenden Ehre gebe. Meine Herren, die Pacht des jetzigen Directors läuft noch zwei Jahre; wenn Sie den Aufzug streichen, dann wird der Fiscus das Theater nicht länger unterhalten wollen und dann kommt das, was wir fürchten. Man braucht nicht glauben, daß er nur aus Wohlwollen für Herrn Rosé, wie das so angedeutet worden sei, die Subvention empfehle; bei der kühlen, nüchternen Art, die man ihm in der Behandlung dieser Angelegenheit wohl angemerkt habe, sei er wohl über den Verdacht jedes besonderen Wohlwollens erhoben. Unsere Stadt hat so viele dringende Aufgaben, deshalb bleiben Sie ihr mit einem Theaterbau fern, so lange wie möglich! (Lebhafte Zustimmung.)

Stadtv. Simson hält die Gründe des Herrn Schmidt nicht für stichhaltig; er schlägt die bescheidenen und schlechten Räumlichkeiten unseres Theaters, bei „Cohengrin“ und „Tannhäuser“ z. B. siehe der Chor garnicht mehr auf der Bühne, sondern in einem daneben befindlichen Raum. Man habe es früher als anerkennenswert bezeichnet, daß in solchen Räumen von der Direction noch wirkliche künstlerische Aufführungen geleistet werden könnten. Auch mit der musikalischen Kritik sei er nicht ganz einverstanden. Wenn z. B. eine Wagner-Darstellung als sehr mäßig geschildert werde und kurze Zeit später eine Verdi'sche Opern-Darstellung überaus gelobt werde, so sei das nicht so schlimm, denn es waren doch dieselben Kräfte dabei. Man klagt über ein schlechtes Repertoire. Die klassischen Darstellungen würden bei halben Preisen gegeben, ein Zeichen, daß die Leute daran Geschmack nicht haben, daher eben die Operetten und schlechten Possen, sie sind leider Geschmack des Publikums. Von Herrn Schmidt sei ein Fall mit dem Personal des Herrn Rosé angeführt worden, der, wenn er vorgekommen, beklagenswerth sei, er (Redner) habe jedoch vielfach gehörte, daß der Director sich mit seinem Personal ganz gut stehe. Der Redner ist davon überzeugt, daß Herr Rosé den hier geäußerten Wünschen Rechnung tragen werde.

Stadtv. Dr. Piwko erklärt, daß er sich nur deshalb zum Worte gemeldet habe, weil er von Herrn Schmidt erprovocirt worden sei. Er sei unter fünf Directoren 30 Jahre lang Theaterarzt gewesen. Das ist eine intime Vertrauensstellung, bei welcher man Gelegenheit hat, recht viele Blicke hinter die Coulissen zu thun. Fischer und Stolzenhain, welche ihr Interesse hauptsächlich der Oper zuwenden, sind mit Manko aus Danzig gegangen, auch Lang hat nichts verdient. Ob Janisch viel mitgenommen hat, weiß ich nicht, große Reichshämer sind es aber nicht gewesen. Die Theaterdirection gewährt so viele Ermäßigungen an alle möglichen Vereine, daß die Frage berechtigt sei, wer nun eigentlich die vollen Preise bezahle. Es habe gehört, das seien die Freunde, von denen auch nicht viele nach Danzig kommen. Man spreche ferner von der „Saison“. Was sei in Danzig Saison? Die Zeit der entstehlichen „Repräsentationen“, der Soupers und Diners, bei denen nichts weiter herauskomme, als verderbliche Magen. (Heiterkeit!) Es sind Klagen über schlechte Aufführungen laut geworden, ähnliche Fälle berichten die Zeitungen auch aus Berlin. Die Hauptschuld liegt daran, daß hier jedes Fach nur einmal vertreten ist; kommt ein Unfall vor, steht der Director fest. Dem Director strömt eine Fülle von Briefen zu, die oft in einem rücksichtslosen Ton abgesetzt sind. Dazu kommen die Recensionen, die sic häufig stark widersprechen, so daß man darauf nicht viel geben kann. Die Spielzeit ist bei uns kürzer, als an anderen Theatern, ferner ist der Director gewohnt, sich auf die Agenten zu verlassen und er engagiert mitunter nach Photographien, die, wie sich nachher herausstellt, nichts weniger als ähnlich sind. Die Vorgänge bei der Vorstellung des „Fliegenden Holländers“ sind dazu benutzt worden, um gegen den Director Stimmung zu machen. Es wird so viel über unser Opernpersonal geklagt und doch hat keiner in Bremen vor ausverkauften Häusern gespielt und man wünscht es dort bald wieder zu hören. Die pecunären Vortheile sind dorthin nicht so gänzlich, wie man annimmt, und deshalb sei er für Bewilligung der Subvention.

Oberbürgermeister Delbrück thieilt noch mit, daß beim nächsten Stadttheater auch Erhebungen über das Rechtartare gemacht worden sind, die ergaben, daß sich Danzig am Alt der Stücke und bei der Aufführung mit Bremen und Königsberg in der Hauptstadt deckt. Herr Rosé habe sich ferner zu Einschränkungen bei der Wertschätzung von schwäbischen Kindern bei Vorstellung, zur Beiträgung des Benevolenz-Votations auf den Sozialen der Vorstellung und zur größeren Aufmerksamkeit bei Auswahl der Stücke verpflichtet, damit thire nicht zu oft „Vorstadttüte“ zur Aufführung kommen.

Ein nunmehr eingebrochener „Schlußantrag“ wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Stadtv. Dr. Lehmann: Die Subventionirung eines Theaters ist vom geschäftlichen Standpunkte aus zu betrachten. Alle großen Städte gewähren ihren Theatern Subventionen und sie machen sich gewissermaßen mit ihren Theatern concurrenz. Wir wünschen auch, daß die Leute, die sich einige Tage amüsieren wollen, zu uns kommen und nicht nach Königsberg oder Berlin gehen, weil sie dort ein gutes Theater finden. Wenn andere Städte subventioniren, müssen wir auch subventioniren. Auf einem anderen Gebiete liegt die Frage, ob wir dem gegenwärtigen Leiter des hiesigen Theaters eine Subvention bewilligen sollen. Ich weißte von Theaternicht nicht viel und eine organische Unzulänglichkeit gehelet mir nicht, mir namentlich über Opernaufführungen ein eigenes Urtheil zu bilden. Deshalb werde ich mich der Abstimmung enthalten.

Gaudi. Wiz: Es ist kein Zufall, daß die Theaterschäfte mit so großem Aufsehen erregt hat; ein Blick auf die nicht bestreite Triomphwirke Sie darüber belehnen, wie intensiv der Interesse ist. Dem gegenwärtigen Theaterleiter geschieht kein Unrecht, wenn ihm die Subvention entzogen wird. Er entwidmet sich mit den schlechten Theaters-Lokalverhältnissen, er hätte rechtzeitig dafür sorgen sollen, daß dieselben gebessert würden, da hätte sich mit kleinen Mitteln viel erreichen lassen. Das ist ein schlechter Witz, der so etwas nicht thut. Wenn er einige Tausend Mark in die Hand bekommen hätte, hätte er manches ändern können, was die Gesundheit seiner Künstler und deren Leistungsfähigkeit gefährdet. Wie mir mitgetheilt ist, hat der Theaterleiter erklärt, daß er die Vergünstigungen aufheben werde, wenn er die Subvention nicht bekomme, nun so möge er sie doch aufheben. Wir haben früher bessere Aufführungen gehabt als jetzt. Vorüber das Publikum sich ärgert, das ist die sog. Bodenbeinkigkeit. In der Oper haben wir in früheren Jahren bessere Kräfte — ich erinnere nur an einzelne Baritonisten, die Leidenschaft des Publikums waren — gehabt. Diese Anwesenheit ist schon vor zwei Jahren besprochen worden, eine Aenderung ist bis jetzt noch nicht eingetreten. Auch das Repertoire entspricht nicht den Anforderungen, die man stellen kann. Unter den 157 Aufführungen dieses Winters, abgesehen von den Nachmittagsaufführungen, waren 17 große Opern, 14 Spielopern, 5 Operetten, 16 Musikkäfer-Darstellungen, 5 moderne Lustspiele, 5 moderne Schauspiele und 17 Schwänke und Possen. Das ergibt doch eine sehr starke Vernachlässigung des modernen Schauspiels und Lustspiels. Die Direction könnte mehr thun, wenn sie wollte, aber sie möcht es wie ein Loschenpieler, der zu blenden verucht. Redner beiprach dann den zu Anfang der Saison herausgegebenen Prospect und constatirte unter der Heiterkeit der Versammlung, daß von den angesuchten Gästen bis jetzt noch niemand erschienen sei. Das Theater müsse, wenn es ein Kunstinstitut sein will, den Geschmack des Publikums allmählich zu leben ver suchen, nicht ihn herunterbringen helfen. Nur wenn es möglich sei, dem Theaterleiter den Daumen auf das Auge zu drücken, werde es besser werden. Da wir ihm eine Subvention geben oder nicht, das hilft doch nichts.

Das einzige Hilfsmittel wäre, wenn eine Anzahl von Männern sich wie in anderen Städten zu einem Theaterverein vereinigte und ihm nur unter der Bedingung 8000 oder meinetwegen auch 10000 Mk. gegeben werden, daß er dem Rath einer solchen Vereinigung sich füge.

Stadtv. Schmidt: In diesem Falle läßt sich die Sach nicht von der Person trennen. Die hauptsache ist doch immer die, ob der Theaterleiter ohne Subvention bestehen kann oder nicht, darauf kommt es an. Der Herr Oberbürgermeister hat uns über die Verhältnisse des Directors berichtet, aber nicht mitgetheilt, ob aus den Büchern hervorgeht, daß er nach der Schweiz Geld geschickt habe. Der Redner trägt eine Berechnung vor, nach welcher die Reineinnahmen monatlich 5000 Mk. betragen. Wir haben keine Veranlassung, noch 8000 Mk. zu zulegen, kommt er 43000 Mk. verdient. Was Herrn Dr. Piwko antrifft, so habe ich bisher noch nicht gewußt, daß er Theaterarzt gewesen ist, ich freue mich aber, daß er 30 Jahre lang Gelegenheit gehabt hat, hinter die Coulissen zu sehen. Der Redner verließ dann die gestern von Bürger-Verein gesetzte und von uns bereits mitgetheilte Resolution, deren Motivierung er auch zu der für sein ablehnendes Votum mache.

Oberbürgermeister Delbrück: Darüber, daß ich hier in öffentlicher Sitzung nicht die näheren Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse eines Geschäftsmannes angehe, kann mir doch kein Vorwurf gemacht werden. In der Kämmererdeputation habe ich es gethan und die Deputation hat das mit ihren Informationen übereinstimmend gefunden. Uebrigens liegt doch ein starker Widerspruch zwischen den Angaben des Herrn Schmidt, denn er berechnet den Rinderdienst des Theaterleiters auf 35000 Mk. (monatlich 5000 Mk., für 7 Monate = 35000 Mk.), und doch behauptet er, daß er davon jährlich 54000 Mk. nach der Schweiz schicke. Das stimmt also nicht.

Stadtv. Dr. Herrmann: Der Verlauf der Debatte erinnert in einem Punkte lebhaft an die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom vergangenen Donnerstag. Als in dieser Sitzung die polizeilichen Mißgriffe zur Sprache gebracht wurden und allseitige Verurteilung erfuhren, da kam aus dem Munde eines weisen Mannes einmal die Verkündung, daß das Karmelit gefunden sei in Gestalt der Presse. Die Presse sei schuld an der Beunruhigung des Publikums, sie sei einseitig und bausche unmöglich Einzelheiten auf. Und auch hier ist heute ein Stadtverordneter aufgestanden und hat dieselbe Entdeckung gemacht, indem er ein gut Theil der Schul an den mäßigen Theaterverhältnissen der Unzulänglichkeit der Presse und der in ihr geübten Kritik erläutert. Und ein anderer Redner hat dann das Thema noch weiter ausgesponnen. Man hat der Presse (Surfader Kritik) — nun, daß Presse und Kritik, namentlich die mit deutlichen Anspielungen von den betreffenden Herren Vorredner gemeinte Theaterkritik zusammenhören, ist doch so klar wie zwei mal zwei vier — man hat der Kritik als ein schwer lösliches Rätsel vorgehalten, daß sie einmal die Sänger tadelte und bald nachher bei einer anderen Vorstellung lobte. Ist denn das so wunderbar? Können denn die Sänger wirklich nicht eine Mal gut, das andere Mal schlecht gelungen haben, just so wie es ja auch hier in der Stadtverordneten-Versammlung vorkommen soll, daß heute einer eine gute und vierzehn Tage später eine schlechte Rede hält? (Heiterkeit.) Also mit diesem Vorwurf ist es nichts. Ueberhaupt ist es keineswegs ein Vergnügen für die Kritik, immer nur tadeln zu müssen. Sie empfindet es als wahre Erholung, nach einer Reihe geringwertiger Aufführungen auch einmal wieder über eine gute gut urtheilen zu können. Wenn aber in diesem Jahre die Pressekritik ganz allgemein weniger gut war, wie in früheren Jahren, so liegt das eben daran, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen weniger Gutes zu sagen wußte, auf dem Gebiete der Oper nicht nur, sondern auch auf dem des Schauspiels, wo namentlich am Anfang der Saison eine so lange Reihe ganz minderwertiger Stücke, um keinen schlimmeren Ausdruck zu gebrauchen, zur Aufführung gelangte, daß das von einem Kritiker gebrauchte heine'che Wort am Platze war: Sie gleichen sich, wie ein faules Ei dem andern. Nun hat uns der Herr Oberbürgermeister mitgetheilt, der Herr Director habe sich ihm gegenüber beklagt, daß ihn auch das Publikum nicht mehr so häufig, wie früher, mit briefflichem Rath unterstelle. Warum wohl nicht? Doch offenbar, weil das Publikum der Direction nicht mehr dieselben Sympathien zollt. Und warum dieses nicht? Doch offenbar, weil die Direction diese Sympathie nicht mehr in demselben Maße verdient. Das beweist doch gerade, wie recht die Pressekritik mit ihrer Zurückhaltung in der früheren grüblerischen Anerkennung hat. Der Herr Oberbürgermeister hat uns ferner mitgetheilt, der Herr Director hätte ihm fest versprochen, fortan alles viel schöner und besser zu machen und möglichst allen Wünschen der städtischen Behörden Rechnung zu tragen. Dasselbe ist aber auch schon bei den früheren Bewilligungen der Subvention stets fest gesetzt und versprochen worden, und mit welchem Erfolge? Mit einem erkennbaren gewiß nicht. Aus diesem Grunde steht auch ich, so wenig ich sonst gegen das Prinzip der Subventionirung des Theaters durch die Stadt bin, der Bewilligung an diese Direction sehr wenig sympathisch gegenüber.

Nachdem Stadtv. Simson sich gegen anscheinend falsche Aussöhnung einer von ihm gehabten Auflösung verwohrt hatte, stellte Stadtv. Dr. Wig den Antrag, daß dem Theaterleiter 5000 Mk. Subvention und außerdem 3000 Mk. für Bauten die er unter der Leitung der Stadt auszuführen habe, überwiesen werden sollen. Da jedoch Oberbürgermeister Delbrück erklärt, daß der Antrag in dieser Form nicht ausführbar sei, zieht er denselben zurück. Die Subvention von 8000 Mk. wurde dann mit großer Majorität bewilligt.

Darauf folgte, während eine Anzahl Mitglieder bereits ihre Pläne verlassen hatten und im Begriff waren, sich zu entfernen, eine etwas erregte Geschäftsortsordnungsdebatte, deren Verlauf wir, so weit sie dielebe in Form eines Berichts wiedergeben läßt, objectiv zu skizzieren versuchen:

Zur Geschäftsortsordnung verlangte Stadtv. Schmidt das Wort und stellte den Antrag auf naunenliche Abstimmung. (Namenliche Abstimmung findet nach Absatz 3, § 45 der Geschäftsortsordnung statt, wenn ein darauf gerichteter Antrag von 10 Stadtverordneten unterstützt ist, oder wenn der Unterschied der Mehrheit oder Minderheit sich bei der Zahlung auf 3 oder weniger herauststellt.) Von verschiedenen Seiten wurde erwidert, so von den Städten Simson und Damme, daß überhaupt die Majorität offenkundig sehr groß war, als 3, und eine solche namenliche Abstimmung, nachdem die Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben schon vorüber sei, nicht mehr stattfinden könne. Der Antrag auf namenliche Abstimmung hätte vor und nicht erst nach der einfachen Abstimmung gestellt werden müssen. Auch der Vorsteher wies auf diesen Punkt hin. Stadtv. Simson führte außerdem aus, Herr Schmidt würde wohl seinen Antrag überhaupt nicht gestellt haben, wenn die Abstimmung eine andere Majorität, in seinem Sinne, ergeben hätte. Eine nachträgliche noch zunehmende Abstimmung sei außerdem deshalb unzulässig und würde kein zutreffendes Bild der Stimmenverhältnisse geben, weil ein Theil der Stadtverordneten, in der Meinung, die Sitzung werde doch sofort geschlossen werden, unmittelbar nach der Abstimmung den Saal bereits verlassen habe. — Stadtv. Schmidt beantragt nun nachträgliche Abstimmung unter Hinweis auf Absatz 2 des § 45 der Geschäftsortsordnung, welcher lautet: „Bei der Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben verkündet der Vorsteher, ob die Mehrheit oder die Minderheit sich für die gestellte Frage erhoben habe. Unmittelbar darauf kann jeder Stadtverordnete auf Sitzung antragen, in welchem Falle der Ordner die Zahl der Sitzenden und Stehenden verkündet.“ —

Ordner, Stadtv. Poll erklärte, diese Aussöhnung schon bei der Abstimmung vorgenommen zu haben, so daß sich eine solche jetzt erübrige. Er gab an, daß er 40 Zustimmende gezählt habe. Auch von anderen Seiten widersprochen. Stadtv. Schmidt: Die Aussöhnung des Herrn Ordners genügt mir nicht. Das ist lediglich ein privater Act gewesen. (Der Vorsteher ertheilte der Rechnungslegung Deckcharge. Zu der 7. Verbandsversammlung der Thierschule des deutschen Reichs, welche vom 31 Mai bis 3. Juni d. J. in Hamburg tagen wird, soll Herr Poll entsandt werden; die Anmeldungen zur Tagesordnung wurden gefestigt, insbesondere zur Herbeiführung einer milderen Ausführung der Statuten der Viehversicherungsgesellschaften. Ferner wurde über verschiedene Thierschule berichtet; insbesondere war eine Alage eingelaufen, daß ein Pferd des R. in Espenkrug mit breiter Wunde unter dem Zugriemen fortgeritten und dabei weiter verwendet werde. Schließlich wurde mitgetheilt, daß im Februar an drei Tagen 31 Hunde und Katzen, von denen fünf der Tollwut verächtig waren durch Aehlenföhre schmerzlos schnell getötet wurden. Nach einer Mittheilung des Herrn Polizeipräsidenten sind in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1897 im ganzen 127 Fälle von Thierschule in hiesiger Stadt zur Anzeige und Bestrafung gebracht.

[Neue Dampfer.] Gestern Vormittag unternahm der auf der hiesigen Werft von J. W. Klämmer für die Bremer Schleppfährschiffs-Gesellschaft eine Abreise, kann mir doch kein Vorwurf gemacht werden. In der Kämmererdeputation habe ich es gethan und die Deputation hat das mit ihren Informationen übereinstimmend gefunden. Uebrigens liegt doch ein starker Widerspruch zwischen den Angaben des Herrn Schmidt, denn er berechnet den Rinderdienst des Theaterleiters auf 35000 Mk. (monatlich 5000 Mk., für 7 Monate = 35000 Mk.), und doch behauptet er, daß er davon jährlich 54000 Mk. nach der Schweiz schicke. Das stimmt also nicht.

Stadtv. Dr. Herrmann: Der Verlauf der Debatte erinnert in einem Punkte lebhaft an die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom vergangenen Donnerstag. Als in dieser Sitzung die polizeilichen Mißgriffe zur Sprache gebracht wurden und allseitige Verurteilung erfuhren, da kam aus dem Munde eines weisen Mannes einmal die Verkündung, daß das Karmelit gefunden sei in Gestalt der Presse. Die Presse sei schuld an der Beunruhigung des Publikums, sie sei einseitig und bausche unmöglich Einzelheiten auf. Und auch hier ist heute ein Stadtverordneter aufgestanden und hat dieselbe Entdeckung gemacht, indem er ein gut Theil der Schul an den mäßigen Theaterverhältnissen der Unzulänglichkeit der Presse und der in ihr geübten Kritik erläutert. Und ein anderer Redner hat dann das Thema noch weiter ausgesponnen. Man hat der Presse (Surfader Kritik) — nun, daß Presse und Kritik, namentlich die mit deutlichen Anspielungen von den betreffenden Herren Vorredner gemeinte Theaterkritik zusammenhören, ist doch so klar wie zwei mal zwei vier — man hat der Kritik als ein schwer lösliches Rätsel vorgehalten, daß sie einmal die Sänger tadelte und bald nachher bei einer anderen Vorstellung lobte. Ist denn das so wunderbar? Können denn die Sänger wirklich nicht eine Mal gut, das andere Mal schlecht gelungen haben, just so wie es ja auch hier in der Stadtverordneten-Versammlung vorkommen soll, daß heute einer eine gute und vierzehn Tage später eine schlechte Rede hält? (Heiterkeit.) Also mit diesem Vorwurf ist es nichts. Ueberhaupt ist es keineswegs ein Vergnügen für die Kritik, immer nur tadeln zu müssen. Sie empfindet es als wahre Erholung, nach einer Reihe geringwertiger Aufführungen auch einmal wieder über eine gute gut urtheilen zu können. Wenn aber in diesem Jahre die Pressekritik ganz allgemein weniger gut war, wie in früheren Jahren, so liegt das eben daran, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen weniger Gutes zu sagen wußte, auf dem Gebiete der Oper nicht nur, sondern auch auf dem des Schauspiels, wo namentlich am Anfang der Saison eine so lange Reihe ganz minderwertiger Stücke, um keinen schlimmeren Ausdruck zu gebrauchen, zur Aufführung gelangte, daß das von einem Kritiker gebrauchte heine'che Wort am Platze war: Sie gleichen sich, wie ein faules Ei dem andern. Nun hat uns der Herr Oberbürgermeister mitgetheilt, der Herr Director habe sich ihm gegenüber beklagt, daß ihn auch das Publikum nicht mehr so häufig, wie früher, mit briefflichem Rath unterstelle. Warum wohl nicht? Doch offenbar, weil das Publikum der Direction nicht mehr dieselben Sympathien zollt. Und warum dieses nicht? Doch offenbar, weil die Direction diese Sympathie nicht mehr in demselben Maße verdient. Das beweist doch gerade, wie recht die Pressekritik mit ihrer Zurückhaltung in der früheren grüblerischen Anerkennung hat. Der Herr Oberbürgermeister hat uns ferner mitgetheilt, der Herr Director hätte ihm fest versprochen, fortan alles viel schöner und besser zu machen und möglichst allen Wünschen der städtischen Behörden Rechnung zu tragen. Dasselbe ist aber auch schon bei den früheren Bewilligungen der Subvention stets fest gesetzt und versprochen worden, und mit welchem Erfolge? Mit einem erkennbaren gewiß nicht. Aus diesem Grunde steht auch ich, so wenig ich sonst gegen das Prinzip der Subventionirung des Theaters durch die Stadt bin, der Bewilligung an diese Direction sehr wenig sympathisch gegenüber.

Nachdem Stadtv. Simson sich gegen anscheinend falsche Aussöhnung einer von ihm gehabten Abstimmung verwohrt hatte, stellte Stadtv. Dr. Wig den Antrag, daß dem Theaterleiter 5000 Mk. Subvention und außerdem 3000 Mk. für Bauten die er unter der Leitung der Stadt auszuführen habe, überwiesen werden sollen. Da jedoch Oberbürgermeister Delbrück erklärt, daß der Antrag in dieser Form nicht ausführbar sei, zieht er denselben zurück. Die Subvention von 8000 Mk. wurde dann mit großer Majorität bewilligt.

[Conservative Verein.] Eine am Montag Abend hier abgehaltene vertrauliche Versammlung der Conservativen hat nach einem Vortrage des Herrn Oberlehrers Dr. Göde über die Flottenfrage folgende Resolution an den Herrn Reichskanzler abgeändert:

„Die versammelten Mitglieder des Vereins der Conservativen zu Danzig sprechen Ew. Durchlaucht Ihre lebhafte Sympathie für die Vorlage des Flottengesetzes aus.“

Mitgetheilt wurde in der Versammlung, daß Herr Oberpräsident v. Gotha die ihm von den hiesigen Conservativen angebotene Candidatur für die nächsten Reichstagswahlen abgelehnt habe, da er eine Candidatur mit seinen gegenwärtigen Neigungen nicht vereinbaren könne.

[Landwirtschaftskammer.] Unter dem Vorsitz des Herrn Rittergutsbesitzers v. Puttkamer-Plauth fand heute Vormittag im Saal der Landwirtschaftskammer eine Vorstandssitzung derselben statt, der auch die Herren Oberpräsident v. Gotha und Regierungsrath Busenitz bewohnten. Es wurden u. a. Beratungen über die Haftpflichtversicherung und die Abordnung geplante; ferner Mittheilungen über die Aufnahme neuer Vereine gemacht und über eine Vorlage des Herrn Landwirtschaftsministers betreffend die Zusicherung von Landwirten zum Versfahren bei Begründung von Rentengütern durch die Generalcommission beraten. Schließlich wurde der Termin und die Tagesordnung für die Frühjahrsgeneralversammlung der Landwirtschaftskammer festgesetzt.

[Zur Wechselregulierung.] In der letzten Versammlung des conservativen Vereins zu Elbing sprach sich der Abg. v. Puttkamer auch über die Wechsel-Nogatregulierung aus. Herr v. Puttkamer bemerkte dabei:

Die Regierung habe die Absicht, die Regulierung fortzuführen. Von den auf 8 Mill. Mk. veranschlagten Kosten will die Regulierung 5 Millionen tragen. Es hängt jetzt davon ab, wieviel die beteiligten Deichverbände beitragen wollen. Der Danziger Deichverband will 900 000 Mk. bedingungslos hergeben. Der Deichverband des großen Marienburger Werders will sich auch wohl mit großen Summen beteiligen, stellt aber Bedingungen, auf welche die Regierung nicht eingehen kann, während der Elbinger Deichverband sich ablehnend verhält. Redner giebt den Rath, in den einzelnen Deichverbänden der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten und nicht Bedingungen zu stellen, auf welche die Regierung nicht eingehen kann. Die Regierung muß zunächst die Mittel zur Beendigung der Wechselregulierung haben, die Nogatabfahrt wird dann eine Folge sein. Ist die Wechsel erst ganz reguliert, dann wird die Nogat verändert und ausgehören, der Niederrhein gelähmt zu werden.

[Thierschuleverein.] In der gestern im Restaurank „Zum Luisdörfchen“ unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs- und Medizinalrats Dr. Bornträger abgehalteten Vorstandssitzung wurden zunächst in den

engeren Vorstand die Herren Dr. Bornträger, Hildebrandt, Goll, Achenhauer, Giesbrecht und Sigismund wiedergewählt. Dem langjährigen Schuhmeister Herrn Giesbrecht dankte man für seine sorgfältige Fassungsführung und ertheilte der Rechnungslegung Deckcharge. Zu der 7. Verbandsversammlung der Thierschule des deutschen Reichs, welche vom 31 Mai bis 3

## Gardesamt vom 23. Februar.

Juwelier Adolf König, S. — Böttchermeister Tomasi Lindau, L. — Tapizer Friedrich Wörke, L. — Fächermeister Wilhelm Jerzemek, S. — Arbeiter August Guginski, S. — Maurergeselle August Geroksi, L. — Schneidergeselle Paul Quas, L. — Schneidermeister Franz Borowski, L. — Schuhmachergeselle Leo Lojch, L. — Königl. Schuhmann Friedrich Schönhoff, S. — Geschafer Johann Rukbaum, S. — Schlossergeselle Robert Jakubig, S. — Arbeiter Julius Herrmann, L. — Arbeiter Eduard Brose, S. — Arbeiter Anton Schwalm, L. — häusdienner Ferdinand Schrot, L. — Unehel.: 1 S.

Aufgabe: Ansleit-Vorsteher bei der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt der Provinz Westpreußen Daniel Gustav Wiehle und Pauline Hermine Euse Schröter. — Schuhmachergeselle und Lottergräber Julius Friedrich Lau und Dorothea Wilhelmine Kannapinn. Sämmliche hier. — Böttchermeister Friedrich Wilhelm Dauters hier und Käthe Pauline Lowitski zu Gutheberge. — Besitzer Jacob Rediger zu Altrosengart und Marie Riediger zu Dr. Rosengart. — Gutsbesitzer Johannes Gustav Adolf Reiche zu Moßin und Margaretha Blanca Emma Franzen hier. — Schlossergeselle Albert Franz Otto Dölligkeit und Justine Anna Frank, beide hier. — Rechtsanwalt Berthold Pehl zu Berlin und Elisabeth Fürstenberg hier.

Heirathen: Bureauangestellte Mag. Rohde und Maria Uhlrichaus. — Anstreicher Gustav Rieger und Johanna Schmidt. — Tischlergeselle Johann Eichholz und Angelika Cymanski. — Schuhmachergeselle August Langowski und Theresia Wolff. — Sämmlich hier. — Lottergräber: Frau Rosalie Bär, geb. Dombrowski, 51 J. — S. des Arbeiters Joseph Wunderlich, 10 J. — Privatier Hermann Bansmer, 60 J. — S. d. Konzert-Diktors Leon Kinczewski, 3 J. 2 M. — Hospitalistin Wittwe Anna Stümann, geb. Olszewski, 84 J. — L. d. Arbeiters Paul Müller, 7 M. —

## Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf die im hiesigen Intelligenz-Blatte erfolgte Publication des Regulatius für die Abgabe von elektrischem Strom aus dem städtischen Elektricitäts-Werke bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß Anträge auf Anschluß an das öffentliche Leitungssystem im Bureau unseres Elektricitäts-Werkes Verwaltungsgesäude der städtischen Gasanstalt Thorische-Weg Nr. 23) täglich während der Bureaustunden entgegenommen werden.

Dieselbst liegen auch die von uns erlassenen „Bestimmungen über Ausführungen von Hausanlagen“ sowie die „Bedingungen für die Unternehmer, welche berechtigt sind, an die Leitungen des städtischen Elektricitäts-Werkes anzuschließende Installationen auszuführen, zur Einsicht aus.“

Die nachstehend bezeichneten Unternehmer haben auf ihren Anträgen die Erlaubnis erhalten, an die Leitungen des städtischen Elektricitäts-Werkes einzuschließende Installationen auszuführen:

1. Ingenieur A. G. J. Albrecht in Hamburg, Arthurshof, Gr. Bleichen Nr. 53.
2. Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft-Berlin, Vertreter: Ingenieur Wachsmann, hier selbst, Neugarten Nr. 19.
3. Firma Victor Siebau, hier selbst, Langgasse Nr. 44.
4. Nordische Elektricitäts-Gesellschaft, hier selbst, Langenmarkt Nr. 12.
5. Aktien-Gesellschaft Siemens und Halske-Berlin, Vertreter: Ingenieur Heinrich Koch, hier selbst, Vorläufiger Graben Nr. 33a.

Danzig, den 14. Februar 1898.

Der Magistrat.

Deutschland. — Trampe.

## Danziger Börse vom 23. Februar.

Weizen ruhiger, Preise abgeschwächt. Bezahl wurde für inländischen hellbunt sehr krank 692 Gr. 165 M. hellbunt krank 697 Gr. 171 M. 721 Gr. 168 M. 718 Gr. 172 M. hellbunt etwas krank 713 Gr. 174 M. hellbunt 718 und 732 Gr. 178 M. hochbunt etwas krank 721 Gr. 179 M. sein hochbunt glasig 783 Gr. 196 M. weiß etwas krank 740 Gr. 183 M. 750 Gr. 184 M. weiß 742 Gr. 186 M. roth 729 Gr. 180 M. 750 Gr. 187 M. per Tonne.

Roggen fest. Bezahl ist inländischer 708 Gr. 720 Gr. 723 Gr. und 732 Gr. 134 M. 690 Gr. 130 M. krank 661 Gr. 122 M. 676 Gr. und 682 Gr. 126 M. 684 Gr. 127 M. Alles per 714 Gr. per Zt. Gerste ist gehandelt inländische kleine 621 Gr. 125 M. per Tonne. — Hafer inländischer 130. 133 M. mit Geruch 129 M. per Tonne bezahlt. — Erbsen inländische Victoria 152 M. per Zt. gehandelt. — Wicken poinische zum Transf 100. 104. 105 M. per Tonne bezahlt. — Weizenkleie mittel 4 M. keine 4.10 M. per 50 Kilogr. geh. — Roggenkleie 3.92 M. 4 M. per 50 Kilogr. bez. — Aleesaten weiß 24. 28. 36. 50 M. roth 35 M. per 50 Kilogr. gehandelt.

Spiritus niedriger. Contingenten loco 61.86 M. nimi continenter loco 42.20 M. bezahlt.

Geleien per 50 Kilogr. Weizenkleie 4.60 M. — Roggenkleie 4.60 M. — Gerstenkleie 7.75 M.

Graupen per 50 Kilogr. Perlgrape 14.50 M. — Feine mittel 13.50 M. — Mittel 11.50 M. ordinär 10 M.

Grüthen per 50 Kilogr. Weizengräbe 16.50 M. — Gerstengräbe Nr. 1 12.50 M. Nr. 2 11.50 M. Nr. 3 10 M. — Hafergräbe 15.50 M.

Berlin, den 23. Februar 1898.

## Städtischer Schlachtviehmarkt.

### Amtlicher Bericht der Direction.

557 Rinder. Bezahl f. 100 Pfid. Schlachtwerts: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt — M.; b) junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete — M.; c) mäßig genährt junge, gut genährt ältere — M.; d) gering genährt jeden Alters 46—48 M.

Bullen: a) vollfleischige, höchsten Schlachtwerts — M.; b) mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere — M.; c) gering genährt 43—47 M.

Färsen u. Rühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts — M.; b) vollfleischige, ausgemästete Rühe höchsten Schlachtwerts, bis zu 7 Jahren — M.; c) ältere ausgemästete Rühe und wenig gut entwickelte jüngere Rühe und Färsen — M.; d) mäßig genährt Rühe und Färsen 45—47 M.; e) gering genährt Rühe und Färsen 42—44 M.

955 Hälber: a) feinst Masthäuser (Vollmilchmais) und beste Saughäuser 62—66 M.; b) mittlere Masthäuser und gute Saughäuser 55—59 M.; c) geringe Saughäuser 45—52 M.; d) ältere gering genährt (Fresser) 38—44 M.

591 Schafe: a) Maststämmer und jüngere Maststämmer 52—55 M.; b) ältere Maststämmer 45—50 M.; c) mäßig genährt Hammel und Schafe (Merzschafe), 40—44 M.; d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) — M.

8095 Schweine: a) vollfleischige der seineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren 60 M.; b) Räuber — M.; c) fleischige 58—59 M.; d) gering entwickelte 55—57 M.; e) Sauen 58—58 M.

Verlauf und Tendenz des Marktes:

Rinder: Dom Rinderauftrieb blieb ungefähr ein Drittel des Auftriebs unverkauft.

Räuber: Der Handel gestaltete sich ruhig.

Schafe: Dom Schafeauftrieb stand nur etwa die Hälfte ab.

Schweine: Der Markt verlor ruhig und wurde geräumt.

## Schiffsliste.

Reufahrwasser. 22. Februar. Wind: S.

Angekommen: Minerva (SD), de Jonge, Amsterdam (via Ropenhaven und Pillau), Güter.

23. Februar. Wind: S.

Angekommen: Rhenania (SD), Pahnke, Sunderland, Röhren.

Gesegelt: Bolvaa (SD), Jenkins, Odense, Nichts in Sicht.

Berantwortlicher Redakteur Georg Ganter in Danzig, Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

## Seidenstoffe

**MICHELS & Cie** Hoflieferanten  
BERLIN Leipzig Str. 43 — Deutschlands größtes Spezialhaus für Seidenstoffe u. Sammets.

## Danziger Stadt-Theater.

Direction: Heinrich Rosé.

Donnerstag, den 24. Februar 1898, außer Abonnement, Passpartout a.

Drittes Gastspiel der Rgl. Kammerfängerin Fanny Moran-Olden.

### Carmen.

Oper mit Ballet in 4 Acten nach einer Novelle von Prosper Mérimée. Text von Meilhac und Halévy. Musik von G. Bizet.

Regie: Josef Miller. Dirigent: Heinrich Reichaupt.

### Personen.

Carmen	Don José Sergeant	Dr. Richard Banach.
	Escamillo, Stierfechter	George Beeg.
	Zuniga, Lieutenant	Josef Miller.
	Ronalos	Emil Davidsohn.
	Micaela, ein Bauernmädchen	Josephine Grönning.
	Cillas Bassla, Inhaber einer Schänke	Bruno Galleske.
	Dancario	Emil Davidsohn.
	Nemendado   Schmuggler	Eduard Nolte.
	Frasquita   Siegeunermädchen	Natharia Gobler.
	Mercédès   Siegeunermädchen	Adèle Jungk.
Soldaten, Straßenjungen, Cigarrenarbeiterinnen, Siegeunerinnen, Schmuggler, Volk, Stierkämpfer, Banderillos, Picardos, Carmen		Fanny Moran-Olden a. S.

Im 2. und 4. Act: Spanische Tänze.

Arrangiert von der Ballettmeisterin Leopoldine Bittberg, ausgeführt von der gleichen Anna Bartel, Emma Baileu, Selma von Pastowski und dem Corps de Ballet.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

M 8500 à 5½ % w. a. e. lädt.

Grundstück zu 2 Stellen gefüllt.

Off. u. B. 829 a. d. C. d. Igl. erb.

Hänsel-Berkauf.

Gefülltes Roggen-Srohköfel wird à 2.10 M pro Ert.

nach Danzig geliefert von (181)

Aleinholz per Praust.

Einen 2-jährigen ausgemästete

Ochsen

und 3 hochtragende

Rühe verkauft

H. Fieguth,

Aunendorf.

## Verkauf!

In einer Stadt Masureus, bei

welcher sich ein großer Truppen-

Verband befindet, in

Rüre Bahnstation, ist Um-

stände halber ein

## Grundstück,

bestehend aus Wohngebäude, in

welchem sich ein äußerst flott

gehendes, umfangreiches, altes

Material-, Colonial-

Eisenwaren- und

Schankgeschäft

mit großer, feiner Ausbildung,

sowie die Geschäftsräume des

Amtsgerichts befinden,

großes Speichergebäude, ferner

etwa 55 Morgen Land mit

Torbrück preiswert zuverkauft.

Kaufpreis ca. 75000 Mk. An-

teilnahme nach Vereinbarung.

Nähere Auskunft erhält

Rechtsanwalt Maczkowski,

End Ostpr. (1761)

Ich bin Willens mein

## Grundstück

aus freier Hand zu verkaufen,

4 culmische Hufen groß, sämmtliche

Wirtschaftsgebäude sind neu,

Mit auch ohne Inventar, ¼

Stunde von Station Praust.

hofbesitzer A. Ziemen

in Rottau, Station Praust.

Neues Schlaßpohu u. Chaiselonge-

vill. i. verkauf. Doggenpfuhl 13, II

Neuer Kranleuchter billig zu

kauen Doggenpfuhl 13, 2 Et.

Ein gut eingerichtet. Hotel

in lebhafter Kreisstadt ist von

einer Brauerei zu verpachten, auch

unter günstigen Bedingungen zu

verkaufen.

Näheres durch M. Salomon,

Lauenburg i. Pr.

## Schiffbau.